

**Ergebnisprotokoll**  
über die 36. Sitzung des Haupt- und Planungsausschusses  
(VIII. Wahlperiode)  
am 24. Juni 2016

**Tagungsort:** Sitzungssaal 8 A/B UG beim Regionalverband FrankfurtRheinMain,  
Poststraße 16 in Frankfurt am Main

**Beginn:** 10:00 Uhr **Ende:** 11:03 Uhr

**Teilnehmer:** Herr Gerhard Herbert,  
Vorsitzender des Haupt- und Planungsausschusses

|                     |                    |                         |
|---------------------|--------------------|-------------------------|
| Herr Arnold         | Herr Horn          | Herr Sommer             |
| Herr Berg           | Herr Kasseckert    | Frau Steiner i.V.       |
| Herr Buschmann      | Herr Kötter i.V.   | Frau Streicher-Eickhoff |
| Herr Fey            | Herr Lorenz        | Herr Stüve i.V.         |
| Herr Flößer-Zilz    | Frau Dr. Reinhardt | Frau Weyrauch           |
| Herr Gerfelder i.V. | Herr Rock          | Herr Wilkes             |
| Herr Gerhards       | Herr Röhrig        | Herr Winckler           |
| Herr Götz           | Herr Schmidt       |                         |
| Herr Heuser         | Herr Schwarz       |                         |

**Fraktionsvorsitzende:** Herr Schindler

**Fraktionsgeschäftsführer/in:** Frau Suffert Herr Röttger

**Mitglieder des Präsidiums:** Herr Geiß Herr Herkströter  
Herr Kündiger

**Obere Landesplanungsbehörde:** Frau Regierungspräsidentin Lindscheid  
Herr Dr. Beck Frau Güss  
Herr Huber-Braun Herr Krämer  
Frau Buschkühl-Lindermann Frau Wittersheim  
Herr Frucht Herr Ortmüller  
Herr Lilje

**Justizariat RP:** Herr Martin

**Regionalverband:** Herr Dr. Bauer Frau Herbst

**Schriftführerin:** Frau Scheuermann

### Tagesordnung:

1. Beschlussfassung über die Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien hier: Behandlung der Stellungnahmen aus der ersten Beteiligung zu den Vorranggebieten für Windenergienutzung sowie den Themen Allgemeines, Sonstige Energien (soweit noch nicht behandelt) und Umweltbericht - **Drs. VIII/14.22**
2. Aufstellungsverfahren des Einheitlichen Regionalplans Rhein-Neckar; Teilregionalplan Windenergie - Entwurf der zweiten Offenlage und zweiten Anhörung hier: Beteiligung gemäß §§ 6 Abs. 4, 10 Abs. 1 Landesplanungsgesetz Rheinland-Pfalz - **Drs. Nr. VIII/103.2**
3. Neuaufstellung des Regionalplans Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplans 2020 (RPS/RegFNP 2020); hier: Aufstellungsbeschluss - **Drs. Nr. VIII/149.0**
4. Beschlussfassung über die Zustimmung zur Durchführung des Planänderungsverfahrens nach Baugesetzbuch (BauGB) für die Stadt Bad Vilbel im Gebiet: „Im Schleid - West (Segmüller)“ - **Drs. Nrn. VIII/56.1 und VIII/56.0**
5. Evaluierung und Fortschreibung des Regionalen Einzelhandelskonzeptes (REHK) für die Region Südhessen - **Drs. Nr. VIII/67.10**
6. Beschlussfassung über die Zustimmung zum Abschluss des Planänderungsverfahrens nach Baugesetzbuch (BauGB) für die Stadt Kelsterbach - **Drs. Nr. VIII / 150.0**
7. Beschlussfassung über die Zustimmung zum Abschluss des Planänderungsverfahrens nach Baugesetzbuch (BauGB) für die Stadt Langen- **Drs. Nr. VIII / 151.0**
8. Beschlussfassung über die Zustimmung zum Abschluss des Planänderungsverfahrens nach Baugesetzbuch (BauGB) für die Gemeinde Wehrheim - **Drs. Nr. VIII / 152.0**
9. Beschlussfassung über die Zustimmung zur Durchführung des Planänderungsverfahrens nach Baugesetzbuch (BauGB) für die Stadt Bad Nauheim, Stadtteil Bad Nauheim **Drs. Nr. VIII / 153.0**
10. Mitteilungen und Anfragen

Der Vorsitzende des Haupt- und Planungsausschusses, **Herr Herbert**, begrüßte die Ausschussmitglieder, Frau Regierungspräsidentin Lindscheid, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Regierungspräsidiums sowie des Regionalverbandes.

Er stellte fest, dass die Einladung zur Sitzung form- und fristgerecht erfolgt ist.

Einwände gegen die Tagesordnung wurden nicht erhoben.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärte **Frau Lindscheid**, dass sie die aufgetretenen Irritationen anlässlich des komplexen Themas „§ 25 HGO - Widerstreit der Interessen - Befangenheit“ bedauere.

Mit dem Ziel, den der RVS im UEK unterbreiteten Zeitplan aufrecht erhalten zu können, schlug Frau Lindscheid vor, dass im September der Ausschuss für Umwelt, Energie und Klima (UEK) tagen solle. Rechtzeitig vorher werde man die Mitglieder des UEK sowie des HPA über die Grundlagen und Grundzüge dessen, was das Regierungspräsidium (RP) in Abstimmung mit den Ministerien zum Thema Befangenheit erarbeite, informieren. Bis zu diesem Zeitpunkt liege auch eine Flächenkulisse vor, anhand derer man erkennen könne, ob eine Betroffenheit hergeleitet werden könne.

Der UEK könne sich demzufolge im September mit den vorgelegten BE's, die von dem reduzierten Abstandpuffer um die Wochenstuben der Mopsfledermaus nicht betroffen seien, befassen. In der UEK-Sitzung im Dezember könnten dann die weiteren BE's beraten werden, so dass man dort zu einer abschließenden Beratung für die erneute Offenlage kommen könnte.

**Herr Schindler (SPD)** bat um Information, ob bis zu diesem Termin auch die sich aus dem Erlass des Hessisches Ministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (HMUKLV) zum Thema „Puffergröße um nachgewiesene Wochenstubenquartiere der Mopsfledermaus und der Großen Bartfledermaus“ ergebenden Auswirkungen in den Plan eingearbeitet werden könnten.

**Frau Lindscheid** erklärte, dass unter o.g. Problematik ca. 24 Flächen erneut überprüft werden müssten. Die Vorlage der gesamten Flächenkulisse bis Dezember könne sie zusagen.

**Herr Gerfelder (SPD)** erinnerte daran, dass vereinbart worden sei, dass die alte RVS die Offenlage inklusive des Umweltberichtes beschließe.

**Herr Röttger (CDU)** bedauerte, dass der ursprüngliche Zeitplan nicht eingehalten werden könne. Die Verzögerung habe zu einem Teil, was die Unklarheiten bezüglich des § 25 HGO betreffe, das Regierungspräsidium und zu einem größeren Teil das HMUKLV mit dem kurzfristig verfassten Erlass zu verantworten.

**Frau Streicher-Eickhoff (DIE GRÜNEN)** plädierte dafür, dem zeitlichen Vorschlag des RP zu folgen, um die Verzögerungen soweit als möglich zu minimieren.

**Herr Rock (FDP)** teilte für seine Fraktion mit, dass diese dem vorgetragenen Vorschlag des RP nicht folgen könne. Den gemeinsamen Antrag der CDU- und SPD-Fraktion -**Drs. Nr. VIII / 14.22.5**- halte seine Fraktion für zustimmungswürdig.

**Herr Berg (SPD)** bat um Erläuterung, ob nicht auch TOP 2 „Aufstellungsverfahren des Einheitlichen Regionalplans Rhein-Neckar; Teilregionalplan Windenergie – Entwurf der zweiten Offenlage und zweiten Anhörung; hier: Beteiligung gemäß §§ 6 Abs. 4, 10 Abs. 1 Landesplanungsgesetz Rheinland-Pfalz - **Drs. Nr. VIII/103.2**“ vom Thema „Befangenheit“ betroffen sei.

Die anschließende Diskussion führte zu dem Ergebnis, dass dies bis zur abschließenden Klärung der Befangenheitsproblematik nicht ausgeschlossen werden könne.

**Herr Gerfelder (SPD)** bittet um Vorlage einer schriftlichen Ausführung zu dem von Frau Lindscheid vorgetragen Vorschlag zur weiteren zeitlichen Vorgehensweise. Gegebenenfalls sei es sinnvoll, dass sich die RVS zunächst im Oktober konstituiere, die Ausschusssitzungen im Anschluss beraten und die RVS im Dezember abschließend beschließe. Abschließend kritisierte er, dass den Mitgliedern der RVS bis zum heutigen Zeitpunkt keine schriftlichen Informationen zum weiteren Umgang mit dem Thema Befangenheit vorlägen.

Der Vorschlag von Frau Lindscheid für den Zeitplan liegt dem Protokoll bei

Auch **Herr Kassekert (CDU)** kritisierte, dass die Ausführungen der Ministerien zum Thema Befangenheit den Fraktionen bisher nicht bekannt seien. Er gehe davon aus, dass die TOPe 1 und 2 heute von der Tagesordnung (TO) genommen werden und der gemeinsame Antrag der CDU- und SPD-Fraktion -**Drs. Nr. VIII / 14.22.5** als eigenständiger Dringlichkeitsantrag auf die TO der RVS genommen werde.

Es wurde vereinbart, weitere Diskussionen zum zeitlichen Ablauf der Beratungen in der anschließenden Sitzung des Ältestenrates zu führen.

Abschließend stelle **Herr Herbert** fest, dass Tagesordnungspunkt 1

Beschlussfassung über die Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien hier: Behandlung der Stellungnahmen aus der ersten Beteiligung zu den Vorranggebieten für Windenergienutzung sowie den Themen Allgemeines, Sonstige Energien (soweit noch nicht behandelt) und Umweltbericht - **Drs. VIII/14.22**

sowie Tagesordnungspunkt 2

Aufstellungsverfahren des Einheitlichen Regionalplans Rhein-Neckar;  
Teilregionalplan Windenergie - Entwurf der zweiten Offenlage und zweiten Anhörung hier: Beteiligung gemäß §§ 6 Abs. 4, 10 Abs. 1 Landesplanungsgesetz Rheinland-Pfalz - **Drs. Nr. VIII/103.2**

vertagt werden.

**Zu TOP 3:** Neuaufstellung des Regionalplans Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplans 2020 (RPS/RegFNP 2020); hier: Aufstellungsbeschluss - **Drs. Nr. VIII/149.0**

**Herr Röttger (CDU)** erläuterte, dass aus seiner Sicht inhaltlich wenig gegen die Vorlage spreche. Allerdings werde es für sinnvoll erachtet, dass die RVS und die VK hier parallel verfahren. Um hier ein synchrones Verfahren erreichen zu können, beantrage seine Fraktion die Vertagung der Beschlussfassung.

**Gegen den Antrag auf Vertagung gab es keine Einwände.**

**Zu TOP 4:** Beschlussfassung über die Zustimmung zur Durchführung des Planänderungsverfahrens nach Baugesetzbuch (BauGB) für die Stadt Bad Vilbel im Gebiet: „Im Schleid - West (Segmüller)“ - **Drs. Nrn. VIII/56.1 und VIII/56.0**

Da keine Wortmeldungen vorlagen, ließ **Herr Herbert** über die **Drs. Nr. VIII / 56.1** abstimmen.

**Beschluss:** Der Haupt- und Planungsausschuss stimmt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und GRÜNEN, gegen die Stimmen der FDP-Fraktion der **Drs. Nr. VIII / 56.1** mehrheitlich zu.

**Zu TOP 5:** Evaluierung und Fortschreibung des Regionalen Einzelhandelskonzeptes (REHK) für die Region Südhessen - **Drs. Nr. VIII/67.10**

**Herr Röttger (CDU)** erläuterte, dass das Gutachten zunächst einmal die im REHK festgelegten Grundlagen und Grundsätze bestätigt habe. Dies bedeute, dass auf dieser Grundlage weiter gearbeitet werden könne. Seine Fraktion halte auch an den Inhalten des REHK grundsätzlich fest. Allerdings beinhalte das Gutachten nicht nachvollziehbare Widersprüche, die es im Ganzen als Basis für weitere Abstimmungen des RPs als nicht geeignet erscheinen lassen. Seine Fraktion halte es für sinnvoll, sich zunächst in einer Anhörung ein Bild davon zu machen, wie die unterschiedlichen Interessen von z.B. Einzelhandel, Industrie- und Handelskammer,

Verbraucherschutz zu bewerten seien. Das RP werde deshalb gebeten, ein Konzept für solch eine Anhörung vorzulegen.

**Herr Rock (FDP)** teilte mit, dass seine Fraktion den gemeinsamen Antrag der CDU- und SPD-Fraktion -**Drs. Nr. VIII /67.11**- unterstützen werde.

**Frau Streicher-Eickhoff (DIE GRÜNEN)** wies darauf hin, dass das Gutachten bereits seit längerer Zeit bekannt sei und es ausreichend Gelegenheit gab, Fragen zu stellen. Des Weiteren sehe sie keinen nennenswerten Unterschied zwischen dem gemeinsamen Antrag von CDU und SPD und der vom RP vorgelegten Drs. Nr. VIII / 67.10. Nach Ansicht ihrer Fraktion sollte nun auf Grundlage des vorliegenden Gutachtens ein Konzept erstellt werden. Sie bat das RP um Information, wie die konkrete Beteiligung der Öffentlichkeit vorgesehen sei.

**Herr Schindler (SPD)** erläuterte, dass das Gutachten zwar aufzeige, dass sich die RVS auf dem richtigen Weg befinde. Es zeige jedoch keinen Lösungsweg für die Problematiken des § 34 Bundesbaugesetz (BBauG) und der alten Baunutzungsverordnung aus den 70er Jahren. Hierzu gebe es deutlichen Beratungsbedarf, und man erwarte vom RP einen Vorschlag, wie mit diesen Problematiken umgegangen werden solle. In diesem Zusammenhang verwies er auf das Land Nordrhein-Westfalen, in dem es hierzu bereits Lösungsansätze geben solle.

**Herr Huber-Braun** erklärte, dass sich die in der RP-Vorlage aufgezeigte weitere Vorgehensweise im Prinzip mit dem vorgelegten gemeinsamen Änderungsantrag decke. Selbstverständlich sollten auch Vertreter der Politik an den geplanten Veranstaltungen mit den Interessenverbänden teilnehmen, um die Reaktion der Externen wahrnehmen zu können.

**Herr Herkströter (CDU)** erinnerte daran, dass den Gutachtern durchaus Fragen gestellt worden seien, die diese jedoch aus seiner Sicht nicht hinreichend beantwortet hätten. Mit dem gemeinsamen Antrag solle deutlich gemacht werden, dass dieses Gutachten als Grundlage der Fortschreibung nicht geeignet sei.

**Frau Streicher-Eickhoff (DIE GRÜNEN)** machte deutlich, dass die Problematik des § 34 BBauG sowie der alten Baunutzungsverordnung im Gutachten angesprochen sei. Allerdings gebe es keine expliziten Lösungsvorschläge. Das Gutachten habe weiterhin Fehlentwicklungen aufgezeigt. Es liege nun an RVS und RP, gemeinsam Lösungskonzepte zu entwickeln. Sie plädierte ausdrücklich dafür, kontinuierlich weiterzuarbeiten. Punkt 3 des vorliegenden Antrages stelle eine Verzögerung dar, auf die sich ihre Fraktion nicht einlassen werde.

**Herr Fey (DIE GRÜNEN)** kritisierte Punkt zwei des Antrages. Es entstehe der Eindruck, dass er als Mitglied der alten RVS jetzt nicht weiterberaten dürfe.

**Herr Kasseckert (CDU)** erklärte, dass bei Zustimmung zur RP-Vorlage der Inhalt des Gutachtens in ein neu zu schreibendes REHK übernommen werde. Dies wolle seine Fraktion jedoch nicht, da man mit Teilen des Inhaltes des Gutachtens nicht einverstanden sei.

**Frau Streicher-Eickhoff (DIE GRÜNEN)** beantragte getrennte Abstimmung der Punkte 1-4.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, ließ **Herr Herbert** getrennt über die Punkte 1 - 4 der Drs. Nr. VIII / 67.11 abstimmen.

**Beschluss:** Der Haupt- und Planungsausschuss stimmt **Punkt 1** einstimmig zu.

Der Haupt- und Planungsausschuss stimmt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP, bei Enthaltung der Fraktion DIE GRÜNEN **Punkt 2** mehrheitlich zu.

Der Haupt- und Planungsausschuss stimmt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP, bei Gegenstimmen der Fraktion DIE GRÜNEN **Punkt 3** mehrheitlich zu.

Der Haupt- und Planungsausschuss stimmt **Punkt 4** einstimmig zu.

**Zu TOP 6:** Beschlussfassung über die Zustimmung zum Abschluss des Planänderungsverfahrens nach Baugesetzbuch (BauGB) für die Stadt Kelsterbach  
**Drs. Nr. VIII / 150.0**

Da keine Wortmeldungen vorlagen, ließ **Herr Herbert** über die **Drs. Nr. VIII / 150.0** abstimmen.

**Beschluss:** Der Haupt- und Planungsausschuss stimmt der **Drs. Nr. VIII / 150.0** einstimmig zu.

**Zu TOP 7:** Beschlussfassung über die Zustimmung zum Abschluss des Planänderungsverfahrens nach Baugesetzbuch (BauGB) für die Stadt Langen  
**Drs. Nr. VIII / 151.0**

Da keine Wortmeldungen vorlagen, ließ **Herr Herbert** über die **Drs. Nr. VIII / 151.0** abstimmen.

**Beschluss:** Der Haupt- und Planungsausschuss stimmt der **Drs. Nr. VIII / 151.0** einstimmig zu.

**Zu TOP 8:** Beschlussfassung über die Zustimmung zum Abschluss des Planänderungsverfahrens nach Baugesetzbuch (BauGB) für die Gemeinde Wehrheim - **Drs. Nr. VIII / 152.0**

Da keine Wortmeldungen vorlagen, ließ **Herr Herbert** über die **Drs. Nr. VIII / 152.0** abstimmen.

**Beschluss:** Der Haupt- und Planungsausschuss stimmt der **Drs. Nr. VIII / 152.0** einstimmig zu.

**Zu TOP 9:** Beschlussfassung über die Zustimmung zur Durchführung des Planänderungsverfahrens nach Baugesetzbuch (BauGB) für die Stadt Bad Nauheim, Stadtteil Bad Nauheim - **Drs. Nr. VIII / 153.0**

Da keine Wortmeldungen vorlagen, ließ **Herr Herbert** über die **Drs. Nr. VIII / 153.0** abstimmen.

**Beschluss:** Der Haupt- und Planungsausschuss stimmt der **Drs. Nr. VIII / 153.0** einstimmig zu.

**Zu TOP 10:** Mitteilungen und Anfragen

**Frau Lindscheid** informierte, dass im Normenkontrollverfahren der Firma Sehring Sand und Kies GmbH & Co.KG ./ Land Hessen der hessische VGH am 3. Mai 2016 das Ruhen des Verfahrens angeordnet habe.

**Herr Berg (SPD)** bat um Informationen, ob sich das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren für WEA in Jossgrund durch den Erlass des HMUKLV verzögern werde.

**Frau Lindscheid** hat keine Informationen, dass es aufgrund des Erlasses zu Verzögerungen kommt

**Herr Gerfelder (SPD)** verwies auf einen Artikel in der FAZ vom 27.04.2016, in dem berichtet werde, dass das Land Hessen bis Ende 2017 ein Leitbild zur Wasserversorgung erarbeiten wolle. Er fragte nach, ob das Regierungspräsidium in diese Thematik eingebunden sei und wenn ja, ob ein Informationstransfer an die RVS-Gremien vorgesehen sei.

**Frau Lindscheid** teilte mit, dass das Regierungspräsidium in diese Thematik natürlich eingebunden sei und sagte zu, die RVS-Gremien zu gegebener Zeit entsprechend zu informieren.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, beendete **Herr Herbert** um 11:03 Uhr die Sitzung.

Vorsitzender des HPA

Schriftführerin



Gerhard Herbert



Conny Scheuermann

**Anlage zum Protokoll des Haupt- und Planungsausschusses vom 24. Juni 2016**

Das Regierungspräsidium hat in den letzten Tagen verschiedene Hinweise zur weiteren zeitlichen Planung des Teilplans Erneuerbare Energien Südhessen erhalten. Diese Signale wurden aufgenommen. Daher ist im Zeitplan eine Alternative aufgeführt. Diese ermöglicht es, den in der HPA-Sitzung vorgestellten Zeitrahmen beizubehalten und eröffnet gleichzeitig die Möglichkeit, dass die Beratung und Beschlussfassung aller Unterlagen durch die neue Regionalversammlung erfolgt.



## Zeitplan (Vorschlag der Verwaltung) für die Erarbeitung des Teilplans Erneuerbare Energien Südhessen für die 2. Offenlage

|  |  |
|--|--|
| 08.09.2016<br>15.09.2016   | Beratung und Beschlussempfehlung des UEK zu den BEs außer Flächen-BEs im MKK und ODW, Drucksachen mit Änderungsanträgen sowie Reduzierung der Puffer um Wochenstuben der Mops- und Großen Bartfledermaus<br><br><b>Alternativ:<br/>Nur Beratung der o. g. Unterlagen im UEK</b>                    |
| 16.09.2016   | Beratung und Beschlussempfehlung im HPA<br><br><b>Alternativ:<br/>Nur Beratung im HPA</b>  |
| 23.09.2016   | Beschlussfassung durch RVS zu den BEs außer Flächen-BEs MKK und ODW, Drucksachen mit Änderungsanträgen sowie Reduzierung der Puffer um die Wochenstuben der Mops- und Großen Bartfledermaus<br><br><b>Alternativ:<br/>Kein Beschluss</b>   |
| 45. KW 2016  | Die neue RVS erhält <u>alle</u> BEs, alle Beschlussvorlagen, den kompletten Textentwurf, Umweltbericht, Karte, Flächensteckbriefe<br><br><b>Alternativ: s. o.</b>  |
| 05.12.2016<br><b>(neuer Termin<br/>wg. Ladungsfrist)</b><br><br>08.12.2016 | Beratung und Beschlussempfehlung des neuen UEK zu den Flächen-BEs MKK und ODW und den Vorlagen für den Beschluss der erneuten Offenlage<br><br><b>Alternativ:<br/>Beratung und Beschlussempfehlung des neuen UEK zu <u>allen</u> BEs und den Vorlagen für den Beschluss der erneuten Offenlage</b> |
| 09.12.2016   | Beratung und Beschlussempfehlung des neuen HPA zu den Flächen-BEs MKK und ODW und den Vorlagen für den Beschluss der erneuten Offenlage<br><br><b>Alternativ:<br/>Beratung und Beschlussempfehlung des neuen HPA zu <u>allen</u> BEs und den Vorlagen für den Beschluss der erneuten Offenlage</b> |
| 16.12.2016   | Beschlussfassung durch die neue RVS zu den Flächen-BEs MKK und ODW und Beschluss der erneuten Offenlage<br><br><b>Alternativ:<br/>Beschlussfassung durch die neue RVS zu allen BEs und Beschluss der erneuten Offenlage</b>  |
| Frühjahr 2017  | Beginn des zweiten Beteiligungsverfahrens  |